**Im Frühjahr 2018 gaben 42 Prozent der EU-Bürger an, dass sie der EU eher vertrauen und 48 Prozent, dass sie ihr eher nicht vertrauen. 10 Prozent der Befragten äußerten keine Meinung. Das Vertrauen lag damit zwar höher als 2013 (31 Prozent), aber auch deutlich niedriger als im Frühjahr 2007 (57 Prozent). Bei der Befragung im Frühjahr 2018 überwog in 15 EU-Mitgliedstaaten das Vertrauen in die EU. Dabei gaben in 12 Staaten mindestens 50 Prozent der Befragten an, der EU eher zu vertrauen. In 13 Staaten überwog das Misstrauen gegenüber der EU. In Deutschland gaben 49 Prozent der Befragten an, der EU eher zu vertrauen, 42 vertrauten ihr im Frühjahr 2018 eher nicht.**

Fakten

Das Vertrauen der Regierten in die Regierenden ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die Demokratie. Die Regierten müssen nicht nur der Überzeugung sein, dass demokratisch legitimierte Entscheidungen wirksam umgesetzt werden können, sondern dass sie von den politisch Verantwortlichen auch umgesetzt werden. Im Rahmen der Meinungsumfrage "Eurobarometer" werden die Bürger der Europäischen Union (EU) deshalb auch gefragt, "ob Sie der Europäischen Union eher vertrauen oder eher nicht vertrauen".

Im Frühjahr 2018 gaben 42 Prozent der EU-Bürger an, dass sie der EU eher vertrauen und 48 Prozent, dass sie ihr eher nicht vertrauen. 10 Prozent der Befragten äußerten keine Meinung ("weiß nicht"). Zwischen Frühjahr 2007 und 2013 war der Anteil der Befragten, die der EU eher vertrauen, von 57 auf 31 Prozent gefallen, seitdem ist er insgesamt wieder gestiegen. Auch das Vertrauen in das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank erreichte im Frühjahr 2007 Höchststände und fiel bis Anfang 2014 auf die niedrigsten Werte im Zeitraum 2006 bis 2018. Seit 2014 nahm das Vertrauen in alle drei Institutionen wieder zu.

Bei der Befragung im Frühjahr 2018 überwog in 15 EU-Mitgliedstaaten das Vertrauen in die EU. Dabei gaben in 12 Staaten mindestens 50 Prozent der Befragten an, der EU eher zu vertrauen. Die höchsten Werte entfielen in diesem Zusammenhang auf Litauen (66 Prozent), Dänemark und Portugal (57 Prozent), Bulgarien und Luxemburg (56 Prozent). Auf der anderen Seite überwog im Frühjahr 2018 in 13 Staaten das Misstrauen gegenüber der EU. In Griechenland (69 Prozent), dem Vereinigten Königreich (57 Prozent), Tschechien (56 Prozent) sowie Zypern und Frankreich (55 Prozent) lag der Anteil der Befragten, die der EU eher nicht vertrauen, sogar bei 55 oder mehr Prozent. In Deutschland gaben 49 Prozent der Befragten an, der EU eher zu vertrauen, 42 vertrauten ihr eher nicht.

Werden die EU-Bürger danach gefragt, welchen von elf vorgegebenen Institutionen Sie eher vertrauen oder eher nicht vertrauen, liegt die Europäische Union mit 42 Prozent der Befragten, die ihr eher vertrauen, im Mittelfeld. Der Armee (74 Prozent) und der Polizei (73 Prozent) wurde im Frühjahr 2018 mit Abstand das größte Vertrauen entgegen gebracht. Darauf folgten die regionalen und lokalen Behörden (54 Prozent), die Justiz bzw. das nationale Rechtssystem (53 Prozent), die öffentliche Verwaltung auf nationaler Ebene (50 Prozent) sowie die Vereinten Nationen (48 Prozent). Weniger Vertrauen als der Europäischen Union brachten die Befragten im Frühjahr 2018 den Medien (40 Prozent), den nationalen Parlamenten und Regierungen (jeweils 34 Prozent) sowie den politischen Parteien (19 Prozent) entgegen.

Datenquelle

Europäische Kommission: Standard-Eurobarometer 89, Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Frühjahr 2018

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Informationen zur **Zukunft der Europäischen Union** erhalten Sie hier: <http://www.bpb.de/70668>

Das **Eurobarometer** ist eine in regelmäßigen Abständen von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene, öffentliche Meinungsumfrage in den Ländern der Europäischen Union. Dabei wird in allen Ländern eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung befragt.

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2019 | [www.bpb.de](http://www.bpb.de)